

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1.20 Eingezeichnet in die Postzeitungsliste Nr. 6482

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und ähnlichen Angelegenheiten bis 50 Pfennig, sonstigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Brey, Druck von E. A. H. Weicker & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: O. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittags 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Molatstraße 7, 2. Et. - Fernsprech-Anschluss 8002.

### Zur gesetzlichen Regelung der Arbeitsvermittlung.

Am 10. Februar fand in Berlin eine Konferenz von Vertretern aller Gewerkschaftsrichtungen statt, zu der auch Vertreter der Reichs- und Staatsregierungen, des Deutschen Städtetages, des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise, der Gesellschaft für Soziale Reform und der Zentralkasse für Volkswohlfahrt eingeladen und erschienen waren. Die Konferenz beschäftigte sich mit der Frage der gesetzlichen Regelung der Arbeitsvermittlung. Das einleitende Referat hielt der Reichstagsabgeordnete Abg. Schmidt (Berlin), der die Mängel der heutigen Arbeitsvermittlung und ihre Nachteile für den gesamten Arbeitsmarkt darlegte. Die gesetzliche Regelung dieser Frage sei, so führte er aus, deshalb zu fordern, weil die freie Organisation sich wenig behauptet habe. Der Verband deutscher Arbeitsnachweise habe gewiß eine anerkanntswürdige Organisations- und Propagandaarbeit geleistet, aber auch er umfasse nur einen kleinen Teil der Arbeitsvermittlung, und die in ihm neuerdings vertretenen Tendenzen entfernten sich von den paritätischen Auffassungen der Arbeiterschaft. Um die Unternehmerverbands-Nachweise zu gewinnen, seien die leitenden Preise des Verbandes im Begriff, das Prinzip der Parität fallen zu lassen und eine Art von Neutralität zu proklamieren, die jede Rücksicht auf die Arbeitsverhältnisse beiseite schiebt. Der Arbeitsnachweis solle nach dieser neuerdings vertretenen Ansicht bloß Arbeit vermitteln, gleichviel zu welchen Bedingungen. Dagegen wehre sich die Arbeiterschaft mit Recht. Weil die tariflichen Facharbeitsnachweise diese Tendenz nicht mitmachen wollen, sei im Verband deutscher Arbeitsnachweise eine feindselige Stimmung gegen die Facharbeitsnachweise entstanden, die dem Minderzweck der Gewerkschaftskongress Anlaß gab, sich eingehender mit der Frage der Arbeitsvermittlung zu befassen. Als Grundlage für eine Neuorganisation der Arbeitsvermittlung durch Reichsgesetz legte Genosse Schmidt ausführliche Vorschläge vor.

Der Vorsitzende der Generalkommission, Legien, teilte sodann mit, daß die Einsetzung einer aus der gleichen Zahl von Vertretern jeder Richtung bestehenden Kommission geplant sei, die eine Übereinstimmung hinsichtlich des Wortlautes der Vorschläge erzielen solle, die dann von jeder der Gruppen bei den ihnen nahe liegenden Parteien zur Anerkennung gebracht werden sollen.

In der anschließenden Ansprache erklärten sich die Vertreter der christlichen Gewerkschaften, der deutschen Gewerksvereine und der polnischen Berufsvereinigungen mit dem grundsätzlichen Vorgehen der Generalkommission und den hauptsächlichsten Ausführungen des Vortragenden einverstanden, ohne sich auf den vorliegenden Wortlaut der Vorschläge festlegen zu können. Sie erklärten sich für ihre Gruppen bereit, an den Kommissionsberatungen teilzunehmen und im Sinne der gefassten Beschlüsse zu wirken. An der Aussprache beteiligten sich danach noch die Herren Professor Dr. Franke, der seiner Freude über das Zusammenwirken aller Gewerkschaftsrichtungen Ausdruck gab, Dr. Luther als Vertreter des Deutschen Städtetages, der das Recht der Gemeinden reklamierte, bei der Leitung von Einrichtungen, für die sie die Kosten tragen sollen, auch einen möglichst großen Einfluß zu erhalten, und Dr. R. Freund vom Verband deutscher Arbeitsnachweise, der zu bedenken gab, ob es nicht doch vielleicht vorteilhafter sei, den vom Verband deutscher Arbeitsnachweise betretenen Weg der Selbsthilfe weiter zu beschreiten und den Verband zur Grundlage der Organisation der Arbeitsvermittlung zu machen. Ihm traten Leipart und Cohen in längeren Ausführungen entgegen, die an der vom Verband deutscher Arbeitsnachweise neuerdings vertretenen paritätischen Tendenz scharfe Kritik übten.

Die Konferenz kam zu dem Ergebnis, daß die vier vertretenen Gewerkschaftsrichtungen sowie die Gesellschaft für Soziale Reform je die gleiche Anzahl von Vertretern in eine Kommission zur Durchberatung und endgültigen Formulierung der Vorschläge delegierten. Diese Kommission hat inzwischen dem Bundesrat und dem Reichstage folgende Vorschläge unterbreitet:

1. Im ganzen Reiche ist für jede größere Gemeinde mit ihren Vororten sowie für je einen Bezirk von kleineren Gemeinden ein Arbeitsamt zu errichten. Die Arbeitsämter sind für bestimmte Landesteile bzw. Einzelstaaten zu Verbänden (Landes- resp. Bezirksarbeitsämtern) zusammenzufassen. Die Zentrale bildet das Reichsarbeitsamt.
  2. Dem Arbeitsamt sind alle Arbeitsnachweise in seinem Bezirk zu unterstellen.
  3. Das Arbeitsamt wird zu gleichen Teilen zusammengesetzt aus Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer auf Grund einer Verhältniswahl. Die Grundsätze der Wahlordnung sind durch Gesetz festzulegen. Das Arbeitsamt steht unter Leitung eines unparteiischen Vorsitzenden.
  4. Die gleiche Vorschrift in bezug auf Zusammensetzung, Wahlordnung und Leitung gilt auch für die Verwaltung der Landes- resp. Bezirksämter und für das Reichsarbeitsamt, mit der Maßgabe, daß die Verwaltungsmitglieder der örtlichen Arbeitsnachweise die Arbeitgeber- und Arbeitervertreter zu den Landes- resp. Bezirksämtern und diese wiederum die Vertreter zum Reichsarbeitsamt zu wählen haben.
  5. Dem Arbeitsamt sind alle An- und Abmeldungen über Eintritt und Austritt aus dem Arbeitsverhältnis zu melden, es dient zugleich als Meldestelle für die Krankenversicherung.
- Dem Arbeitsamt sind für die vom Reichsarbeitsamt geführte Statistik der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosigkeit durch die Arbeitsnachweise des Bezirkes die geforderten Angaben zu übermitteln.

Dem Arbeitsamt sind alle im Bezirk von den Arbeitsnachweisen nicht erledigten Anforderungen an Arbeitskräften oder Ueberangebot zu melden, um, wenn möglich, einen Ausgleich in andern Bezirken herbeizuführen.

6. Im Bezirk des Arbeitsamtes sind öffentliche Arbeitsnachweise möglichst mit beruflicher Ueberwachung zu errichten und von den Gemeinden zu unterhalten.

Ihre Verwaltung wird aus Vertretern der Unternehmer und Arbeiter zu gleichen Teilen gebildet, die durch eine Verhältniswahl bestimmt werden.

Für die Berufsabteilungen sind besondere Sachverständige in gleicher Weise zu bilden.

7. Die Arbeitsvermittlung werden von der Verwaltung des Arbeitsnachweises gewählt. Sie müssen, soweit die Berufsabteilungen in Frage kommen, mit den Verhältnissen des Berufes vertraut sein, für den der Arbeitsnachweis errichtet ist.

8. Die Arbeitsvermittlung hat unentgeltlich zu geschehen. Ausländische Arbeitskräfte dürfen nur herangezogen werden, wenn keine einheimischen auf dem Arbeitsmarkte vorhanden sind.

9. Sind für ein bestimmtes Gewerbe Tarifverträge abgeschlossen, so kann durch Beschluß der Verwaltung des Arbeitsnachweises bestimmt werden, daß die Arbeitsvermittlung nur zu den tariflichen Arbeitsbedingungen erfolgt.

Für Arbeitsnachweise, die von Tarifgemeinschaften ins Leben gerufen und verwaltet werden, gelten im übrigen die von der Tarifgemeinschaft getroffenen Bestimmungen, die jedoch, soweit sie den Arbeitsnachweis betreffen, der Genehmigung des Reichsarbeitsamtes bedürfen.

10. Dem Arbeitsamt obliegt die Beaufsichtigung und Kontrolle aller Arbeitsnachweise ohne jede Ausnahme sowie die Schlichtung von Differenzen, soweit solche nicht innerhalb der Verwaltung der einzelnen Nachweise erledigt werden können. Es sind hierfür entsprechende Vorschriften durch Gesetz zu erlassen.

Der Arbeitsnachweis darf nicht dazu ausgeweitet werden, die Organisationsfreiheit des einzelnen Arbeitgebers oder Arbeiters zu beschränken.

Den Vorschlägen ist eine ausführliche Begründung beigegeben.

Am 3. März hat außerdem eine Besprechung zwischen Vertretern der Kommission und der Regierung beim Reichskanzler stattgefunden. Von den Gewerkschaftsvertretern wurde zur Begründung ihrer Vorschläge hervorgehoben, daß die jetzige Organisation der Arbeitsnachweise und die Handhabung der Arbeitsvermittlung während des Krieges nicht befriedigend konnte, daß aber insbesondere nach Beendigung des Krieges die vorhandenen Mängel sehr zum Schaden der zurückkehrenden Kriegsteilnehmer stark in Erscheinung treten werden. Eine reichsgesetzliche Regelung sei daher schon jetzt in Angriff zu nehmen oder, falls dieser Weg nicht gangbar sei, sollten durch eine Bundesratsverordnung geeignete Vorkehrungen getroffen werden. Nach einer längeren Aussprache, in der auch die einer Regelung der Frage entgegenstehenden Schwierigkeiten erörtert wurden, erklärte der Reichskanzler, daß er sich der großen Bedeutung der Frage, sowohl jetzt wie nach dem Kriege, bewußt sei. Deswegen würden die vorgetragenen Wünsche in wohlwollendster Weise von der Reichsregierung geprüft werden.

Die Unternehmer sind inzwischen schon bemüht, vorzubauen. In mehreren Städten beilen sie sich, ihre Nachweise wieder selbstständig zu machen, um dem Einwand zu begegnen, daß sich die Entbehrlichkeit der Unternehmernachweise gezeigt habe. So unter anderem in Mannheim-Ludwigshafen. Der dortige Arbeitsnachweis des Arbeitgeberverbandes, der im Frieden von der Arbeiterschaft als ein Maßregelungsbureau bewertet wurde, schloß nach Ausbruch des Krieges seine Geschäftsstelle, und die Unternehmer bezogen ihre Arbeiter vom städtischen Arbeitsnachweis. Der Burgfriede dauerte aber nicht lange. Ende Februar richtete plötzlich die Geschäftsstelle des Unternehmerverbandes folgendes Schreiben an die Mitglieder:

Mannheim, 22. Februar 1915.

An unsre Mitglieder!

Nachstehend bringen wir Ihnen den Wortlaut der heute an die Bürgermeisterämter in Mannheim und Ludwigshafen gerichteten Schreiben zur Kenntnis.

„Nachdem durch die Uebernahme großer Heereslieferungen ein dringendes Bedürfnis nach Facharbeitern entstanden ist und auch der Grund des damaligen Zusammengehens durch die reichliche Arbeitsgelegenheit in der von uns vertretenen Industrie in Wegfall gekommen ist, hat unser Ausschuß auf dringendes Verlangen unserer Mitglieder beschlossen, den Arbeitsnachweis der Industrie Mannheim-Ludwigshafen am Montag, dem 1. März, wieder zu eröffnen.“

Von diesem Tage an ist also der Arbeitsnachweis der Industrie wieder allein zu benutzen und sind Selbststellungen von Arbeitern seitens der uns angegeschlossenen Werke zu unterlassen.

Hochachtungsvoll

Die Geschäftsstelle.

Die Ausrede auf die so nötigen Facharbeiter wirkt nicht gerade überzeugend. Durch die Zersplitterung der Arbeitsvermittlung werden ja solche Facharbeiter nicht herbeigeschafft. Soweit sie aber verfügbar, kommen sie auch durch den städtischen Nachweis an die rechte Adresse. Man darf deshalb wohl annehmen, daß die eigentlichen Beweggründe für die Wiedereröffnung des Unternehmernachweises in dem Schreiben nicht angeführt sind. In dieser Auffassung werden wir durch die Aufforderung, daß die Mitglieder nur den Unternehmernachweis benutzen, auch jede Selbststellung unterlassen sollen, nur bestärkt. Ueberraschend wirkt das Verhalten der Unternehmer nicht. Soffentlich aber aufklärend.

### Der Einfluß des Krieges auf die Gewerkschaften.

Die Generalkommission der Gewerkschaften hat für Ende Januar wiederum eine Erhebung vorgenommen, um den Einfluß des Krieges auf die Gewerkschaften zu ermitteln. Das Ergebnis dieser Erhebung wird in Nr. 9 des „Korrespondenzblattes“ mitgeteilt. Danach hatten die Gewerkschaften am Schluß des Jahres 1913 eine Mitgliederzahl von 2 519 226, die Anfang September 1914 infolge Einziehung der Mitglieder zum Kriegsdienst auf 1 745 468, am 31. Oktober auf 1 640 824 und am 30. Januar 1915 auf 1 508 366 sank. Zum Kriegsdienst waren nach den Berichten der Verbandsvorstände einbezogen:

Anfang September	589 755	= 27,7 Prozent der Mitglieder,
31. Oktober	661 005	= 31,3 Prozent der Mitglieder,
30. Januar 1915	780 594	= 34,1 Prozent der Mitglieder.

Die Zahl der zum Heere berufenen Mitglieder ist jedenfalls höher, als hier angegeben, denn die Vorstände der Zentralverbände berichten, daß nur die Mitglieder verzeichnet wurden, bei denen durch Abmeldung oder Einlieferung des Mitgliedsbuches nachgewiesen ist, daß sie zum Kriegsdienst einberufen sind.

Die Zahl der Arbeitslosen hat sich erfreulicherweise wiederum absolut wie auch prozentual in den Gewerkschaften vermindert. Es wurden Arbeitslose gezählt:

Anfang September	370 126	= 21,2 Prozent der Mitglieder,
31. Oktober	175 500	= 10,7 Prozent der Mitglieder,
30. Januar 1915	96 393	= 6,6 Prozent der Mitglieder.

Auch die Zahl der bei verkürzter Arbeitszeit und mit geringtem Lohn Beschäftigten hat sich seit Oktober 1914 etwas verringert. Am 31. Oktober wurden 122 545, am 30. Januar 1915 dagegen 109 925 nicht vollbeschäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen in den Gewerkschaften gezählt. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß nicht alle Verbände hierüber Bericht geben konnten. Die Berichtserstattung erfolgte jedoch für die beiden Erhebungstage von den gleichen Verbänden, so daß sich aus den unvollständigen Zahlenangaben eine Besserung in der Erwerbsmöglichkeit trotzdem ergibt. Zweifellos ist der größte Teil der Arbeiter in Industrien tätig, die Material für Kriegszwecke herstellen. Es ist eine Verschiebung von Arbeitskräften aus dem einen in den andern Beruf erfolgt, die man vor einem Jahre kaum für möglich gehalten hätte. Wenn zum Beispiel in der Ausstattungsindustrie (Fabrikation von Tornistern, Patronenläschen und dergleichen) in normalen Zeiten zirka 2000, in dieser Zeit aber mehr als 25 000 Arbeiter und Arbeiterinnen tätig sind, so erklärt es sich, daß auch in den Berufen, die durch den Krieg schwer betroffen wurden, eine Verringerung der Arbeitslosigkeit eingetreten ist. Es zeigt uns aber auch, wie leicht der Berufswechsel durchgeführt werden kann, wie unrichtig die Behauptung ist, daß die sozialistische Regelung der Produktion an der Unmöglichkeit scheitert, die Arbeitskräfte nach Bedarf zu verteilen.

Hat die Zahl der Arbeitslosen in den Gewerkschaften sich auch allgemein verringert, so ist sie in einzelnen Berufen doch noch äußerst hoch. In den Verbänden, die Anfang September 1914 fünfzig und mehr Prozent arbeitslose Mitglieder zählten, ist zwar auch eine Besserung eingetreten, jedoch ist bei einzelnen der Prozentfuß der Arbeitslosen noch so groß, daß diese Organisationen den an sie gestellten Anforderungen kaum gerecht werden können.

Die Gewerkschaften haben durch die Hilfe, die sie den Arbeitslosen boten, gezeigt, welche enorme volkswirtschaftliche Bedeutung sie haben. In den sechs Kriegsmonaten haben sie 1 778 300 Mark an die Familien der Kriegsteilnehmer gezahlt. Im Jahre 1913 betrug die Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung insgesamt 11 532 000 Mark. Diese bedeutende Leistung, die wesentlich zur Erhaltung der Konsumfähigkeit der arbeitenden Bevölkerung beigetragen hat, wird voraussichtlich auch in der späteren Zeit ins Gewicht fallen, wenn infolge der wirtschaftlichen Kämpfe von der einen oder der andern Seite wieder versucht werden wird, die gewerkschaftliche Organisation als den Störenfried in der nationalen Volkswirtschaft zu bezeichnen.

### Kriegsarbeiten hinter der Front.

Die Gründung eines Kriegsaussschusses für Konsummenteninteressen ist von den in Organisationen vereinigten Angehörigen, Arbeitern und Beamten der verschiedensten Berufe als eine Notwendigkeit der Zeit begrüßt worden. Wissen sie es doch am besten, wie sich die Schwäche des einzelnen wirtschaftlich abhängigen durch den Zusammenschluß der Gleichgestellten zur Stärke wandelt. Der Kriegsaussschuß stellte sich von Anfang an die Aufgabe, als eine neutrale Stelle ohne Unterchiede der in ihm vertretenen wirtschaftspolitischen und sonstigen Richtungen eine Zentralfstelle der gemeinsamen Fragen der Konjunktur zu bilden, die Aufklärung über die Kriegserregung der Konjunktur zu unterstützen, die Interessen der Konjunktur nach jeder Richtung hin sachkundig zu vertreten und allen diesen Interessen und damit den Gesamtinteressen des Volkes zumwiderlaufenden Uebergreifen anderer Wirtschaftsfaktoren entgegenzuwirken. In diesem Sinne hat sich der Ausschuß bemüht, der mit dem Tage der Gründung ihm in Fülle ersehenden Aufgaben nach Möglichkeit gerecht zu werden.

Mit Sachkenntnis verfolgt der Ausschuß die Gestaltung des Verbrauches, seine Regelung und Preisbildung unter dem Einfluß des Krieges und der erlassenen Kriegsgesetze. Um eine sachgemäße Behandlung der Fragen zu erzielen, hat der Ausschuß ständig Verbindung mit volkswirtschaftlichen, hygienischen, wissenschaftlichen und praktischen Sachverständigen, mit den staatlichen und städtischen Behörden, mit den landwirtschaftlichen

und gewerblichen Verbänden, er nimmt Rücksprache mit den Gewerbetreibenden, befragt ihre Betriebe. Ganz selbstverständlich arbeitet er mit anderen Kriegsorganisationen, wie dem Kriegsausschuss für Volksernährung und dem Kriegsausschuss für Gemüsehilfe, welche auf ihren besonderen Gebieten auf die gleichen Ziele hinarbeiten, Hand in Hand.

Zu einer großen Zahl von ausführlich begründeten, eingehend ausgearbeiteten Eingaben an die Reichs- und Landesbehörden, an die Generalkommandos und an die Städte beteiligte sich der Ausschuss rätend, mahnend, fördernd an der gemeinsamen Kriegswirtschaft. Sei es, daß er die Städte durch die Sammlung der zu Futterzwecken verwertbaren Rübenabfälle durch die Schulen hinwegföhrt, sei es, daß er von vornherein bestimmte Forderungen hinsichtlich der Brotgetreideverbrauchsregelung stellt, wie sie jetzt eingeföhrt worden sind, gegen das Aufkaufen durch die Haushaltungen, gegen Erhöhung der Höchstpreise, für Beschlagnahme der Bestände unter dem Entschuldigungsrecht, für die Verbrauchsregelung aus Grund von Brotkarten und durch Herstellung eines einheitlichen Kriegsbrottes. Sei es, daß der Ausschuss die notwendige Massenabföhlung besorgt und dabei auf einen allmählichen geregellen Auftrieb, auf Festlegung der Preise zur Verhinderung von Schwaupreisen und spekulativen Preissteigerungen hinweist, wobei die Verwertung des Fleisches zu Dauernahrung einmal durch die Landwirte selbst, andererseits durch die betreffende Gewerbe unter Mitwirkung der Städte oder durch vermehrte Einrichtung von Gefrierräumen zur Aufbewahrung frischen Gefrierfleisches betont und vor einer einseitigen Massenverarbeitung etwa zu Konserven oder durch die einzelnen stöckeligen Hauskaltungen gewarnt wird. Sei es, daß der Ausschuss dann wieder gegen die mangelhaften Ernährungsverhältnisse protestiert, welche durch Zurückhaltung der Kartoffeln bei Produzenten und Händlern zur Erzielung von Höchstpreiserhöhungen hervorgerufen worden sind. Ebenso sucht er den Gefahren vorzubeugen, welche unserer Milchversorgung drohen, und die Konjunkturinteressen dadurch zu schützen, daß er auf die Verwertung der Wälder zu vermehrter Viehfütterung und auf Verlängerung der Abföhlzeiten für Fortschritt hinweist. Auch die Frage nach neuen, bzw. nicht üblichen Nahrungsmitteln sucht er mit zu lösen, indem er den Konsum von Gerste zu heben sich bemüht. Andererseits befragt er wieder die Milcherzeuger, die sich dadurch ergeben, daß der Schutz des Gesetzes die zum Heeresdienst Eingezogenen und ihrer Angehörigen besonders hinsichtlich der Mietverhältnisse nicht gleichmäßig erfasst und auch auf die invalide gewordenen Kriegsteilnehmer und auf die Familien Gefallener ausgedehnt werden muß.

Mag auch vieles von dem, was der Kriegsausschuss befragt, nicht so zur Wirklichkeit werden, wie er es wünscht, so gibt ihm doch die stets tätige Mitarbeit an den großen Fragen der Gegenwart und die wachsame Beobachtung der sich mit jedem Tage verändernden Verhältnisse das Bewußtsein, zu keinem Teil sein Bestes zur Wahrung der Konjunkturinteressen zu tun.

### Genossenschaftliche Rundschau.

#### Gewerkschaften und Volkswirtschaft im Kriege.

Die „Konjunkturgenossenschaftliche Korrespondenz“ schreibt: Zu den Schwierigkeiten unserer in der Kriegszeit schwer belasteten Volkswirtschaft gehören unsere Gewerkschaften. Man darf wohl einen solchen Satz aussprechen, ohne auch den geringsten Widerspruch zu finden. Die Gewerkschaften haben bei Ausbruch des Krieges ihre erste Aufgabe in der Abwehr der Not, die viele Schichten der Arbeiterbevöllerung unermesslich heimtückisch mußte. Als die erste Besetzung überstanden war, als denn das Wirtschaftslieben den gesteigerten Anforderungen an seine Leistungsfähigkeit nachkommen vermochte, konnten auch unsere Gewerkschaften ihre in langen Jahren des Friedens geliebte Arbeit fortsetzen. Allerdings waren die Bedingungen dieser Kriegsarbeit ungleich schwerer als jene im Frieden. Die Arbeiter in der Exportindustrie sind in den ersten Wochen des Krieges schwer betroffen worden. Mancher Betrieb wurde geschlossen, und die Arbeitslosenfrage der Gewerkschaften erfuhr die schwerste Belastungsprobe. Dazu trat die Fürsorge für die Frauen und Kinder der ins Feld gezogenen Gewerkschaftsmitglieder. Eine Mitteilung des Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands nennt nicht die Summen, mit denen sich die Finanzkraft der Gewerkschaften der Not entgegenstellte. Jedenfalls müssen wir mit Millionen rechnen, denn wir die Kriegszeit der deutschen Gewerkschaften erkennen wollen.

Die Gewerkschaften hielten also ihren Mitgliedern auch in schwerster Not die Hand. Es fragt sich jetzt nur, ob auch die Mitglieder ihre Pflicht im ganzen Umfang erfüllen. Die genossenschaftlichen Gedanken, mit denen die Gewerkschaften ihren Mitgliedern beizubringen, waren sicher zum größten Teil zur Einwirkung der Ernährung bestimmt. Haben denn nun auch diese

Summen rechte Verwendung gefunden? Würde mit ihnen auch im Sinne größter Ergiebigkeit gewirtschaftet? Die Gewerkschaften haben ihre Organisation stets für die Erlangung eines größeren Anteils am Arbeitsvertrag eingestellt. Hierbei war es eine Selbstverständlichkeit, auf Erhaltung und Stärkung der Kaufkraft des Geldes besondere Aufmerksamkeit zu richten. Deshalb haben die Gewerkschaften in den Konjunkturgenossenschaften ihre Mitarbeiter bei der Arbeit um die Föhung der Lebenskraft dreier Vorkämpfer:

Es fragt sich also, ob die Meilensummen, mit denen die Gewerkschaften Kriegsdienste an ihren notleidenden Mitgliedern leisteten, richtige Verwendung fanden. War man bestrebt, die Kaufkraft dieser Summen möglichst zu steigern? Mit anderen Worten: Ist man Mitglied einer Konjunkturgenossenschaft, damit man der gewerkschaftlichen Leistung die beste Ausnutzung ermöglicht? Es ist wohl anzunehmen, gerade jetzt diese Frage zu stellen. Man kann den Unterhaltungsgruppen der Gewerkschaften nichts Besseres als die größte Kaufkraft wünschen.

#### Die Kriegsversicherung der Volkswirtschaft

Wird für die Familien der Ausmarschieren von großer Bedeutung und kann sehr viel zu ihrer Beruhigung beitragen. Vor einigen Wochen zog ein Familienvater frohgemut, aber doch sorgenvoll von seiner lieben Frau und seinen drei Kindern weg nach Osten. Sein Geschäft nahm für ihn vier Anteilsgeldscheine bei der Volkswirtschaft. Er selbst fand im Felde jedoch die Gefahr noch verstärkt; er schickte aus dem Felde noch den Betrag für weitere drei Anteilsgeldscheine ein, um alles getan zu haben, was in seinen Kräften stand, in der Sorge um das Wohlfinden seiner Lieben. So waren sieben Anteilsgeldscheine für ihn gelöst. Das Unglück traf ihn, er fiel. Ihm erhält die Familie am Schluß des Krieges für diese eingezahlten 35 M. aller Voraussicht nach mehr als 700 M. ausgezahlt, gewiß die beste Hilfe, die ihr in dieser schweren Zeit geboten werden kann!

### @@@ Aus den Industrien @@@

#### Der Arbeiterschutz in den Bleiweißfabriken.

Ein umfangreicher Prozeß wegen Übertretung gegen die namentlich in gesundheitslicher Hinsicht bestehenden Vorschriften zum Schutze der in den Bleiweißfabriken beschäftigten Arbeiter wurde am 19. Februar vor dem Offenbacher Schöffengericht in mehrstündiger Sitzung verhandelt. Die Anklage richtete sich gegen den Mitinhaber der Bleiweißfabrik von Sprenger, Gerle u. Co., Herrn Klein und dessen Werkführer Beder, die schon seit Jahresfrist zur eigenen Disziplinierung vor der Sitzung vom Gericht eine Besichtigung der Fabrikanlage an der Mühlheimer Straße statt. Nach der umfassenden Anlagenschrift soll es an heißen Wasser zum Waschen und Baden geföhlt haben. Die vorhandene Einrichtung liefere nur lauwarmes Wasser. Die Latinen in der Bleikammer, so heißt es in der Anklage weiter, liegen teilweise schlecht und derart, daß man beim Arbeiten abströmen kann. Das Einbringen von Blei ist beschwerlich, da keine Steigvorrichtungen vorhanden sind, auch fehlt es an Laufbreitern. Die Bleikammer werde nicht feucht genug gehalten, was sich besonders während des Bleieinhängens bemerkbar macht. Die Leute werden beim Eintritt in die Fabrik nicht instruiert und nicht zum Tragen von Respiratoren angehalten, nur die Arbeiter, die Bleikammern eintreten, tragen Wattebausch. Es ist kein ordentliches Trinkwasser vorhanden; den Leuten steht nur Nachwasser zur Verfügung, das oft trüb und eckhaft ist; den Arbeitern solle Milch zur Verfügung gestellt werden, wie es in anderen Bleiweißfabriken der Fall ist. Es fehlt ferner oft an Seife und Handtüchern, Brüsten zum Reinigen der Hände werden nicht gestellt, auch keine Fußbürsten. Ebenso werden saubere Arbeitskleider nicht regelmäßig ausgeföhnt. Die für zum Waschen und Badenraum wird oft ausgeföhnt, so daß dieser Raum kalt und zugig und zum Entkleiden ganz ungeeignet ist. So weit die Anklage, nach der es sich um Verstöße gegen die §§ 5, 13, 14, 17, 20 Abs. 1 und 21 der Bestimmungen über die Einrichtung zur Herstellung von Bleifarben und andern Produkten handelt. Die Anzeige hatte ein dort beschäftigter Arbeiter erhoben, der nach vierwöchiger Beschäftigung an Bleiweiß erkrankte und ins Krankenhaus gehen mußte. In der Sitzung hielt er die zur Anklage stehenden Behauptungen voll und ganz aufrecht, während die beiden Entlastungszeugen, die ständige Arbeiter bei der Firma sind, von alledem nichts bemerkt haben wollen. Der als Sachverständige geladene Kreisarzt Medizinalrat Dr. Königler kam in seinem Gutachten dahin, daß in den Bleiweißfabriken die aus gesundheitlichen Rücksichten bestehenden Vorschriften genau eingehalten werden müßten. Es muß gelehrt werden, daß das Blei nicht in den Körper aufgenommen wird und auch nicht eingeatmet wird. Deshalb sind die Bestimmungen des Besuchsens ge-

troffen. Die Krankeitserscheinungen sind in letzteren Fällen die für genannte Bleiweiß. Später gibt es Bleiweißvergiftungen, die Blutkörperchen verändern, wodurch sich auch das Blasse Aussehen der Arbeiter erklären läßt. Bleiweißvergiftungen können den Tod herbeiföhren. Bei keiner Besichtigung in der Fabrik habe er beobachtet, daß die Arbeiter und das Geschäft in der Fabrik nicht feucht waren, die Arbeiter keine Respiratoren getragen haben. Ein Arbeiter trug keinen Arbeitsanzug. In den Schränken hingen andere Kleider mit den Arbeitskleidern zusammen, und Gelebe zum Mundspülen konnten nicht vorgelegt werden. Die Zahl der im Jahre 1913 an Bleivergiftung erkrankten Personen betrug 79, und Gewerberat Engel, der auch als Sachverständiger geladen war, hat in der Fabrik mehrere Beanstandungen festgestellt. Die Besichtigung der oberen Latinen und der Bleiweißkammer habe er nicht bemerkt können, das Wasser sei nicht warm gewesen und andres mehr. Der Staatsanwalt hielt die beiden Angeklagten der ihnen zur Last gelegten Übertretungen für überführt und beantragte gegen Klein die im Strafgesetzbuch festgesetzte Strafe von 180 M. und gegen den Werkführer Beder 25 M. Das Gericht kam zu einem Freispruch, da das Zeugnis des einen Zeugen keinen Eindruck auf das Gericht machen konnte. Soweit die Anklage durch die Aussage des Sachverständigen, Gewerberat Engel, bestätigt wurde, konnte das Gericht nicht zu einer Verurteilung kommen, da nach Ansicht des Gerichts ein Verschulden oder eine Nachlässigkeit des Werkmeisters sowie des Geschäftsinhabers nicht vorliegen könne, da sie es im übrigen an der nötigen Aufsicht nicht haben lassen.

Der Unternehmer und sein Werkmeister trontel mit dem Ergebnis dieser Verhandlung zufrieden sein. Sie fanden milde Richter. Ein solches Urteil hatten sie wohl selbst nicht erwartet, nachdem nicht nur der als Besatzungszeuge vernommene kranke Arbeiter bei seinen Behauptungen verblieb, sondern auch der medizinische Sachverständige Dr. Königler und Gewerberat Engel in Verhölle gegen die Bundesratsverordnung festgehalten hatten. Mehr als die Aussagen dieser drei Zeugen wogen dem Gericht die Aussagen der zwei ständigen bei der Firma beschäftigten Zeugen. Der Gedanke, daß gerade solche Zeugen, die unter dem Einfluß der Angeklagten stehen, eher geneigt sind, schön zu färben, scheint dem Gericht nicht gekommen zu sein. Wir haben vor Jahresfrist gelegentlich Erhebungen in Bleifarbenfabriken gemacht und dabei in vielen Betrieben Missetände und Verstöße ermittelt, aber gerade von Sprenger, Gerle u. Kompanie berichtet uns nicht einer, sondern mehrere Gewährsmänner von einer großen Zahl von Verstößen, die auch von den amtlichen Sachverständigen zum Teil in dieser Verhandlung bestätigt wurden. Wenn trotz alledem ein Freispruch beschah erfolgte, weil angeblich ein Verstoß oder eine Nachlässigkeit des Geschäftsinhabers und des Werkmeisters nicht vorliege und es im übrigen an der „nötigen“ Aufsicht nicht geföhlt habe; dann ist es dringend notwendig, einmal den Begriff einer ausreichenden bzw. „nötigen“ Aufsicht gerichtlich festzustellen. So aber ist schließlich der Unternehmerwillür Tür und Tor geöffnet. Wenn alle Missetände und Verstöße gegen die Verordnung mit der Angabe: es habe nicht an der „nötigen“ Aufsicht geföhlt, ausgeglichen werden können, dann ist die Befestigung und Verhütung der Missetände auf geföhlichem Wege einfach unmöglich.

### Eine neue Organisation der Tapetenindustrie in Sicht!

Im Jahre 1889 wurde der Verein Deutscher Tapetenfabrikanten gegründet, dem fast sämtliche Tapetenfabriken als Mitglieder angeschlossen waren. Bereits im Jahre 1895 schlossen die organisierten Unternehmer und Händler einen Kartellvertrag „zum Schutze der Preise“ miteinander ab. Gleichzeitig richtete sich der Kampf auch gegen die noch außerhalb des Kartells stehenden Fabrikanten und Händler. Man wollte den Außenfeind auf jede Art und Weise das Leben schwer machen. Die Leitung des Kartells, resp. des Vereins Deutscher Tapetenfabrikanten versuchte, die Papier- und Farbenfabrikanten zur Unterzeichnung von Reversen zu veranlassen, in denen sie sich verpflichteten, an Nichtkartellmitgliedern keine Rohmaterialien zu liefern. Dieser Terror schien jedoch nicht allen Tapetenfabrikanten zu gefallen. Wenigstens traten im Jahre 1900 einige größere Fabriken aus dem Verbandsverbande aus und strengten dadurch das Kartell. Seit dieser Zeit ist es um die Einigkeit der Tapetenindustriellen recht schlecht bestellt — das heißt, soweit es sich nicht um Forderungen der Tapetenarbeiterchaft handelt. Im Jahre 1906 ging der Verein Deutscher Tapetenfabrikanten und mit ihm das Kartell ganz aus dem Dasein. Anfang 1907 schlossen sich 56 Fabriken zu einem neuen Zweckverbande zusammen, um dadurch wieder die Monopolstellung zu erringen. Diese 56 Fabriken sollten eine Tapeten-Arbeiter-Gesellschaft bilden. Kurz vor der endgültigen Gründung trat der Vorsitzende des Zweckverbandes und zukünftige Generaldirektor der Ge-

### Feldpostbriefe von Verbandskollegen.

Der nachfolgende Brief hat Genosse Johann Vohr, der Leiter unserer Poststelle Saarbrücken, an den Kollegen Schreiber, Leiter in Ludwigshafen, geschrieben. Vohr war Mann und nicht Mitglied unseres Verbandes, aber für uns im Saargebiet eifrig und erfolgreich tätig. Er wurde schon am 3. August eingezogen, regelte aber vorher noch mit peinlicher Sorgfalt alle ihm obliegenden Verbandsschäfte. Leider fiel der brave Genosse am 12. November auf dem Schlachtfeldern in Nordfrankreich. Zu einem vom 21. Oktober datierten Brief schildert er seine Erlebnisse in den ersten Kriegswochen in einer fast künstlerisch plastischen Weise. Wir geben diesen Brief hier wieder:

Ju Frankfurt, den 21. 10. 14.

Lieber Freund!

Habe gestern Deinen Brief erhalten. Besten Dank! Ich möchte Dir nun mitteilen, was ich z. B. die letzten 14 Tage für ein Leben geföhrt habe. Wir lagen am Sonntag, dem 4. Oktober, in einem Dorf. Einschlags 5 Uhr kam ich auf Wache, als Patrouille bis Montag abend. Dienstag früh 7 Uhr riefte das Regiment ab. Nach einem Marsche von ungefähr 14 Kilometer, bei regnerischem Wetter, kamen wir ins Dorf. Es gab immer Schuppen und Ställe. Ich hatte eben Kartoffeln und Getreide gegessen, die ich mir ausgemacht hatte, da wurden wir alarmiert. Ohne Uhr den halben Weg wieder zurück, dann riefte es uns früh, 3 Uhr nachmittags dort. Bereitschaft bis 8 Uhr, dann Marsch in ein anderes Dorf, 6 Kilometer. Ich schlief. Habe mir mit Marsch und viel Kaffee geföhlt, war Hunger an Brot und Wasser und in der Nähe des Feldes, daher nur schwaches Feuer. Um 10 $\frac{1}{2}$  Uhr legte ich mich schlafen.

Um 12 Uhr Alarm. Wieder ging's ohne Kaffee fort. Erst hatten wir Brot und etwas Fleisch ausgegeben, dann ging's wieder zurück ins Feld von Tage vorher. Um 4 Uhr morgens Entlassung zum Kaffeetrinken. Jammern auf dem Felde bis 12 Uhr. Wir hatten erst noch das Fleisch mit etwas Pfeffer und Salz geföhlt. Um 2 Uhr Befehl: eigene Patrouille etc! Um 3 Uhr Befehl: In Bereitschaft! Wir (das 1. Bataillon) sollten ein Dorf plündern. Zur Unterzeichnung zwei Gefehlschäfte mit 30 Schritten. Um 5 Uhr jammern den Weg zum 2. und 4. Kompanie je zwei Jäger aus. Erst zur Begrüßung französische Granaten ins Schießen. Ich wurde zum 3. Zug an die Spitze eingeteilt. Wir sollten zurückgehen, so auch die 1. und 2. Kompanie. Unser zweiter Zug ist etwa 50 Meter vor; da ersehen wir Befehl: Aufpassen, das ist gefährlich! In der Tat: da erschauer, hinteren. Auf, marsch, marsch, hinteren! Die Patrouille der 1. Kompanie. Sprung, auf, marsch, marsch, hinteren, geradeaus, links zum linken Schützen, langsame Feuer! Die Franzosen schreien wie rasend. Sie liegen hinter großen und kleinen Büschen. Es gibt es ungefähr 1000 Meter vor. Es handelt sich um ein Dorf mit 100 Häusern und ein Kapuzinerkloster, das man nicht sieht. Die Augen kommen nur aus den Häusern. Wir sind auf der Höhe durch Entschleunigung verhalten. Ich möchte meinen Gefehlschäfte, Jammern, auf Feuer aus Schussgefahr, anmarschieren. Da kommt das Signal: Entschleunigung plündern auf, auf, marsch, marsch, marsch! Rückwärts sind ja. Wir marschieren halb rechts nach dem Dorf hin.

Wir bekommen Verpföhung durch den ersten Zug der 2. Kompanie. Es ist Nacht. Vom Dorf Marsch zurück zum Feld. Wir verlieren die Verpföhung an rechts. Ich frage im Lagerzuge die Höhe hin und her rechts, um Aufschlag zu finden. Jedemal, wenn ich mich erhebe, kommt

eine Salve, 25 Schuß, von Maschinengewehrfeuer aus dem Dorfe. Ich bleibe etwa eine Viertelstunde in einer Furche liegen, dann wieder auf, endlich bin ich oben und bringe meine Meldung. Ich stehe im halben Mondlicht. Da ein Schuß, schnell gebudd, und schon wieder die Salve. Ich muß nun wieder zurück. Mein Zug soll nach rechts kommen. Ich muß mit dem andern Feldwebel nochmals hinauf, dasselbe Spiel; die 2. Kompanie ist bereits im Dorf, werden aber durch französische Granaten zum Zurückgehen gezwungen. Wir und ein Teil der Besatzung gehen unter Gejang „Deutschland, Deutschland über alles“ noch einmal vor. Umsonst. Da erhalten wir Befehl zum Zurückgehen. Geföhlohen geht's in aller Eile zurück.

Nach und nach sammeln sich alle an uns. Nachts  $\frac{1}{2}$  Uhr kommen wir in ein Dorf zum Schlafen auf Stroh. Es werden am Tage noch die Verluste zusammengefehlt: Major verwundet, Hauptmann der 1. Kompanie tot, von uns vier Mann vermisst, jedenfalls tot, mehrere verwundet. Welche Verluste die 2., 4. und 1. Kompanie hatten, kann ich nicht sagen. Am Freitag, nachts 12 Uhr, bezogen wir, übers Feld kriechend, einen Schützengraben; den haben wir noch. Diesen Schützengraben haben wir noch weiter ausgebaut. Um 8 Uhr morgens Abföhung, dann wieder zurück ins Dorf. Dort bleiben wir bis Sonntag mittag. Die übrige Zeit ist Appell, Gewehreinrichten, Unterricht, Essen und Ruhe. Jammern Alambereitschaft, d. h. ungeschmalt, Helm auf, Gewehr bei der Hand.

Am Sonntag, dem 11. morgens, Abmarsch. Etwa 4 Stunden Marsch, dann in Schöne. Erst Gefehlsbereitschaft bis Dunkelheit. Sonntag Bereitschaft, Ruhe, Abort bauen, Straßen fegen und Verpföhlände anrichten, d. h. die Drahtungen der Viehweiden entfernen usw. Am Dienstagabend 6 Uhr komme ich auf Wache. Um 8.15 Uhr ist ein Gefehl in der Ferne hörbar. Sofort Alarm, wir stehen bis 11 Uhr. Unsere Posten werden verdoppelt, dann vertritt man der Gefehlskammer und Ordnungszüge bringen Nachricht. Ich werde Mittwoch abend abgelöst. Am Donnerstagmorgen muß ich ins Verpföhlände, vier Kilometer weit. Ich habe dabei auf viele Soldatengräber, Zeichen deutscher Opfer.

Um 11 Uhr werden wir zurückgerufen, um  $\frac{1}{2}$  Uhr rufen wir ab, 25 Kilometer weit; kommen abends 8 Uhr in ein Dorf, wo 6 Häuser brannten. Wir stehen 2 Stunden in Bereitschaft, weil in nächster Nähe ein Gefehl ist. Um 10 Uhr in Schöne. Mit Mühe kann ich noch Kaffee trinken. Morgens 7 Uhr am Marsch vor der Kirche, in der noch jämmerliche zurückgebliebenen wackeligen Bewohner über 16 Jahre interniert sind, mit dem Dorf. Sie werden doppelt bewacht. Einige sind Eigentümer der abgebrannten Häuser. Diese Häuser haben die Franzosen in Brand geschossen. Auch die Kirche ist stark beschädigt. Durch ein Kirchenfenster lag eine Schrapnellkugel und verwundete eine der Weiber. Dann die Leute auf den Abort müssen, das war einer heraus. Dies Essen kriechen ihre Angehörigen dreimal im Tage. Die Gefehlskammer kriechen, dann abmarschieren. Der Pfarrer ist starker Pigeonierwähler. Er unterhält sich mit mir ziemlich gut. Er rühmt Jean Jaurès als guten Menschen und Friedensfreund und möchte lieber beschah sein.

Abends werde ich wieder abgelöst. Um 7 Uhr abends gehen wir zum Ausbrennen eines Schützengrabens vor dem Dorf, was geföhlt in den Schützengraben zu gelangen. Es regnet stark. Schmieriger Boden, schwere Arbeit bei stochender Nacht. Um 12 Uhr Abföhung, um 4 Uhr ohne Kaffee in den Schützengraben; daselbst Ausbau des Grabens. Ein Teil nach, einer beobachtet und einer arbeitet. Es geht's bis 7 Uhr. Jetzt bringen die Küchlerinnen Essen (Weis mit Kartoffeln), dann geht der Betrieb wieder weiter bis morgens 4 Uhr; dann kommt der Kaffee. Nachmittags um 1 Uhr bekommen wir französisches Feuer aus Marze-

geschützen der Franzosen aus dem Fortsbereich der Festung. Wir liegen in unserm Erdloch, keiner getraut sich, richtig zu atmen, der Boden zittert, man liegt zusammengelauert und friert. Unsere Artillerie schießt über uns hinweg und bringt die Franzosen zum Schreien. Jetzt kommen wir wieder heraus und arbeiten weiter.

Gegen 6 Uhr kracht's in den Bergen bei den Bayern. Unts von uns über eine Stunde Infanteriefeuer; feindliche Gewehrschüsse schlagen in meiner Nähe ein. Da heißt's arbeiten, um Schutz zu haben. Nachdem es böllig Nacht und der Gefehlskammer drücken zu Ende ist, bekommen wir wieder Essen, diesmal Gries mit Fleisch. Kaum damit fertig (8 Uhr), kracht es bei uns. Wir werden angegriffen, bekommen auch Granatfeuer. Wieder fängt es im Dorfe an zu brennen (etwa 10 Häuser). Unsere Stellung ist gut, unsere Schützengraben und die Maschinengewehre und auch die Artillerie arbeiten gut. Der Gegenabbot dauert bis nach 12 Uhr, dann gehen die Franzosen zurück. Ich habe furchtbaren Durst, die Nase verstopft vom Pulverdampf. Der Nebel fällt herab, es regnet.

So sitzen wir bis nach 4 Uhr, müde, abgemüht, und doch müssen wir noch bleiben. Um  $\frac{1}{5}$  Uhr Abföhung. Wir haben einen Toten, einen Verwundeten durch einen unglücklichen Zufall. Wir marschieren noch eine Stunde in ein anderes Dorf ins Aufwartezimmer auf zwei Tage. Morgen früh 4 Uhr wieder in die alte Stellung, alte Arbeit, Schützengraben auf 48 Stufen. So, nun weißt Du, mein lieber Freund, wie es bei uns geht. Ich 8 Stunden Schützengraben, 48 Stunden Ruhequartier??? Wenn man das Nachsehen, Straßenreinigen, Latrinenaubau, die Appells für Ruhe hält. Heute habe ich mich zum erstenmal krank gemöhlt, wegen rheumatischer Schmerzen. Ich soll jammern, in der letzten Schöne! Meine Stiefel habe ich seit dem 6. August nur zum Bescheln der Strümpfe ausgezogen. Seit dieser Zeit habe ich dreimal im Bett geschlafen, sonst in Heu oder Stroh, auf dem Felde, im Wirt, im Stall. Immer Wache, Posten, exerzieren, marschieren, immer Dienst. Seit dem 25. August ständig in Alambereitschaft. Tagelang nicht gewaschen, ohne sonstige Bequemlichkeit; die ganze Zeit ungeschmalt mit 200 Patronen. Gewehr im Arm geschlafen. Die ersten 8 Tage auf Bahndamm, Essen im Dorfe holen, zwei Mann stark mit geladenem Gewehr. Wir liegen sieben Mann unter einem Zelt neben Bahn und Nachbarn. Vollständig ungewohntes Essen.

Ah, was könnte ich Dir alles klagen! Unsere Mörder und Anzugfriedenen sollen zufrieden sein, daß sie zu Hause sitzen bei Wein und Kind. Sie sollen sich mal das Glend ansehen, das die Bewohner durchmachen müssen, wo der Krieg mit seinen Schrecken haust. Ich habe genug Glend hier in Frankfurt gesehen. Dörfer, schöne Anstellungen, in Lehmhöhlen auf dem Felde. Die Männer sind erschossen, weil sie in ihrer Verblendung auf unsere Truppen geschossen haben. Die Dörfer von den Franzosen selbst in Brand geschossen, die Frauen verkauft auf dem Felde, oder in in Flammen aufgegangen. Die Leute leben von unsern Kanonen.

Lieber Freund, Du darfst diesen Brief ruhig den Genossen bekannt geben, es ist alles Wahrheit, noch vieles nicht gesagt. Nur die letzten 14 Tage und 8 Tage Posten sind beschrieben. Ein jeder von uns hat Arbeit und Ruhe und Erfrischung verlassen. Manche deckt die französische Erde bereit. Wofür all der Jammern, das Glend, die Greuel, wofür unsere Leiden und Schmerzen, wofür das unschuldige Blut und Leben so vieler Braven, wofür? Soll dies der letzte Krieg sein? Lieber Freund, es ist ein langer Brief geworden. Sei nicht böse deshalb. Ich bitte Dich, schenke mir öfters ein halbes Stündchen. Du glaubst nicht, wie wohl es einem tut, wenn man aus der Heimat etwas erhält. Und nun sei Du und Deine Frau und alle Bekannten gegröhlt von Deinem Freunde und Genossen Johann Vohr.

Jahresbericht vom Gau II.

fellhaft von der Seite zurück und gab dadurch einer Anzahl Firmen das Signal zur Vorkaufsluft. Nachdem hiebei ein Teil der Unternehmer an dem Gedanken fest und sich erst im März 1908 die gesamte „Lag“ durch Konkurrenzpreise...

Dieser Konkurrenzkampf hat selbst durch Erklärung des Burgfriedens nach Ausbruch des Krieges kein Ende gefunden. Im Gegenteil ist er teilweise noch durch Nationalhaß verschärft worden. Die Alsbürger Tapetenfabrik Friedrich Enthausen hat nun zum 31. Mai 1915 ihren Austritt aus dem Unternehmerverbande erklärt...

Der ewige Streit scheint nun auch der Händlerschaft un bequem zu werden. Zu Nr. 5 der „Tapeten-Zeitung“ wendet sich deshalb der in den Kreisen der Tapetenbranche wohlbekannte und angeehrte Nürnberg er Händler Pelletier an seine Kollegen mit dem Vorschlage, ein Schutzbündnis der Händler zu gründen und dadurch die Fabrikanten zum Frieden zu zwingen...

Unser Verband in der 30. Kriegswoche.

Für die 30. Kriegswoche (22. bis 28. Februar) haben 370 Zahlstellen Berichte eingekandt. Diese hatten zusammen bis Ausbruch des Krieges 184.622 Mitglieder; das sind rund 90 Prozent aller damals vorhandenen. Ende Februar hatten diese Zahlstellen nur noch 112.270 Mitglieder, also 72.352 weniger...

Die Arbeitslosigkeit ist wiederum nicht unerheblich gesunken. In den berichtenden Zahlstellen waren am 27. Februar nur noch 2009 männliche und 1853 weibliche, zusammen 3862 Arbeitslose vorhanden. Im Verhältnis zur Mitgliederzahl am Berichtstage sind das bei den männlichen 2,2, bei den weiblichen Mitgliedern 9,2 und insgesamt 3,4 vom Hundert.

Table with 5 columns: Berichtstag, Arbeitslos insgesamt, Arbeitslos von je 100 Mitgliedern, Zum Kriegsdienst eingezogen insgesamt, Zum Kriegsdienst eingezogen von je 100 Mitgliedern. Rows include dates from August to February.

Unter ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen ging das Jahr 1913 zur Neige, und unter denselben Umständen meldete sich sein Nachfolger an. Die Hoffnung auf eine wirtschaftliche Besserung hat sich nicht erfüllt, teilweise trat sogar noch eine Verschlechterung ein. Diese wurde von den Unternehmern gegenüber den organisierten Arbeitern häufig ausgenutzt...

Am Schluß des Berichtes für das Jahr 1913 bemerken wir, daß der Kampf um das Koalitionsrecht in der Knochfabrik in Schorndorf noch andauert. Leider führte dieser lange und schwere Kampf zu keinem Ergebnisse, er mußte am 29. April nach 21wöchiger Dauer abgebrochen werden.

Während der Kündigungszeit kam es dann zu einer Einigung, die den Abschluß eines Tarifes ermöglichte, der allerdings während der Kriegszeit wieder durchbrochen wurde. Tarife wurden bis Kriegsausbruch sieben neu abgeschlossen, davon vier im Zahlstellengebiet Heilbronn, zwei in Stuttgart und einer in Karlsruhe. Eine Tarifbewegung in einem kleineren Betriebe war zu Kriegsausbruch eingeleitet und mußte abgebrochen werden.

Die Schwierigkeiten, die im Bezirke der Agitation entgegenstehen, sind schon des öfteren dargelegt worden, können deshalb diesmal übergangen werden. Es gelang, in der Straßburger Konfektindustrie Fuß zu fassen; allerdings nicht ohne gewisse Opfer. Nach den ersten organisatorischen Erfolgen in der Schillingeimer Konfektfabrik, A.-G., verjagte die Betriebsleitung, mittels Maßregelung die Arbeiterchaft einzuschüchtern.

Die im Bezirk hart betretene Ziegelindustrie lag schon im ersten Halbjahr 1914 vollständig danieder (der Krieg brachte fast völligen Stillstand), so daß es dort fast ausgeschlossen war, Fortschritte zu erzielen. Die Betriebe, welche Beschäftigung hatten, stellten mit Vorliebe Ausländer ein, die sich auch tatsächlich in v. a. fähiger zeigten als die Einheimischen, die doch auch noch nie über ein allzu starkes Rückgrat verfügten.

Fast schien es, als es in den Sommer hinein, als ob die Arbeitslosigkeit da und dort sich etwas zu heben beginne, da brach, wie ein Blitz aus heiterm Himmel, dieser furchtbare Krieg über uns herein. Keiner der Verbandsvertreter, die sich nach Schluß des Verbandstages in Mannheim am 11. Juli unter dem Gebotnis treuerer Weiterarbeit trennten, ahnte, daß wir vier Wochen später am Beginn des furchtbaren Ereignisses stehen würden, das die Weltgeschichte je gesehen hat.

In den ersten Kriegswochen war fast jede Tätigkeit lahmgelegt. An manchen Orten waren die Kollegen demart loslos, daß sie meinten, jetzt hätte alles aufgehört. Es galt deshalb, nachdem die erste Erregung verloschen war, die Funktionäre, soweit sie noch nicht im Kriege waren, zu beschäftigen und zur Weiterarbeit anzuspornen. Dies geschah durch ein Flugblatt, das so bald wie möglich den Mitgliedern zuging. Mit einem Schlag standen — mit Ausnahme der Mikaturierbetriebe — alle Betriebe still, manche bis Ende September, so daß die Zahl der Arbeitslosen ganz ungeheuerlich stieg.

In bezug auf Unterhaltungen ist während des Krieges Großes vom Verband geleistet worden. Tatsächlich war auch der Verband in den allermeisten Orten des Bezirkes die einzige Institution, die den Arbeitslosen half. Gaben wir doch im ganzen Bezirk vor dem Kriege nur fünf Städte gehabt — Stuttgart, Eßlingen, Heilbronn, Freiburg, Sinsheim —, die eine Arbeitslosenunterstützung eingeführt hatten. Erst nach und nach wurde da und dort ein weiterer Schritt getan; immerhin sind zurzeit in Württemberg erst in 16 Orten Einrichtungen zur Unterstützung Arbeitsloser geschaffen. Da fast in allen Orten, wo wir Zahlstellen haben, Genossen in den Gemeindeverwaltungen sind, auch das Bezirkskartell für Württemberg gut arbeitet, so brauchte eine Tätigkeit auf diesem Gebiete keineswegs Günstigung nicht ausgesetzt zu werden.

Reider hatten wir unter den Mitgliedern viele, die meinten, daß jetzt die günstigste Zeit ist für Vorkaufsluft; Ausreden gab es ja jetzt mehr als vorher. Es brühte sich tatsächlich mancher, anstatt in dieser schweren Zeit erst recht den Mann zu zeigen. Wenn unsere Kollegen, die drapen im Kampfe stehen, sich so verhalten würden, was wäre die Folge? Dieser Feiglinge werden wir gedenken müssen! Auch unternehmerisches wurde versucht, die „große Zeit“ dem Geldbeutel nützlich zu machen. Tarife wurden durchbrochen, wie bereits erwähnt, Alfordlöcher vergrößert (Chemische Fabrik Durack), Lohnabhänge da und dort, oft in bedeutender

Die Arbeitslosigkeit war durch den Krieg naturgemäß sehr beunruhigend, teilweise ganz aufgehoben. Im ersten Halbjahre fanden 97 Versammlungen und 76 Sitzungen, Besprechungen usw. statt. Im zweiten Halbjahre 14 Versammlungen und 17 Fälle anderer Vorkaufsluft. Der Postverkehr betrug: 1231 Eingänge, 2138 Ausgänge, ungerechnet circa 500 Zeitungsendungen an im Felde befindliche Kollegen. Hoffentlich ist es möglich, noch laufenden Jahre berichten zu können, daß der nun seit einem halben Jahre tobende Weltkrieg ein für uns Deutsche gutes Ende gefunden habe, und daß mit aller Kraft und neuem Mute an die Stärkung der Gewerkschaften gegangen werden konnte. L. Wörner.

Berichte aus den Zahlstellen.

Darmstadt. Infolge der ankämpfenden Krise auch zu Beginn des Geschäftsjahres und der dadurch hervorgerufenen Müdigkeit unter der Arbeiterchaft, und nicht zuletzt auch unter den Mitgliedern selbst, blieb das Resultat unserer Werbearbeit weit hinter demjenigen des Jahres 1913 zurück. Wir hatten im ganzen Jahre nur 187 Neuaufnahmen neben 27 Zugeworbenen und Uebergetretenen zu verzeichnen; von den Eingetretenen entfallen 98 auf das erste Halbjahr. Dieser kleine Erfolg ist in der Hauptsache denjenigen Kollegen zu verdanken, die in unerwarteter Weise mit bei der Hausagitation tätig waren.

Im der zweiten Hälfte des Jahres hat der Krieg unsere Zahlstelle schwer mitgenommen. 280 Kollegen wurden bis zum Jahresluß eingezogen, davon 3 Mitglieder der Ortsverwaltung, 19 Mitglieder der einzelnen Zahlstellenverwaltungen, 9 Hilfskassierer und 21 Betriebsvertrauensleute. Von den Eingezogenen sind 79 ledig und 181 verheiratet mit zusammen 407 Kindern. Beträglich der Unterstützung der Frauen durch die Unternehmer können wir sagen, daß es leider nur sehr wenige sind, die einen namhaften Betrag hierfür auswerfen.

Den Firmen E. Merz, Chemische Fabrik, und Köhm u. Gaas, die im vorigen Jahre ihrer Arbeiterchaft das Koalitionsrecht freitig machten und die gelben Werberzine hier einführen, hatten wir in einem Schreiben die Frage unterbreitet, ob sie nach Ausbruch des Krieges ihr Organisationsverbot noch aufrecht erhalten. Die Firma Köhm u. Gaas berichtete zurück, daß sie es „den Arbeitern freistelle, sich zu organisieren wo sie wollen, wogegen die Firma Merz glaubte, mit einer Antwort, die mit unfrer Anfrage nichts zu tun hatte und die auch nicht verlangt wurde, um diese Frage herumzukommen. Ein weiteres Schreiben unsererseits mit noch etwas genauerer Formulierung blieb unbeantwortet. Dagegen haben wir neuerdings festgestellt, daß neuergestellte Arbeiter bei Merz nach wie vor verpflichtet werden, keiner freien Gewerkschaft anzugehören.

Nahezu alle Betriebe hier hatten bei Ausbruch des Krieges ihre Löhre geschlossen, oder eine beschränkte Arbeitszeit eingeführt. Daß dabei auch wir mit einer außerordentlich großen Arbeitslosigkeit zu rechnen hatten, bedarf keiner besonderen Erwähnung mehr. Wider Erwarten ist diese jedoch bis zum Jahresluß nahezu auf dem Nullpunkt angelangt.

Die Mitgliederzahl sank von 913 auf 546. Unter den Ausgeschiedenen befinden sich allerdings die bereits erwähnten 280 eingezogenen Kollegen. Demnach sind im Laufe des Geschäftsjahres 197 Mitglieder mehr ausgetreten, abgereist und zu andern Organisationen übergetreten als wir gewonnen haben.

Die Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse betragen im ganzen Jahre 31.560,30 M., hierin ist eingerechnet ein Zuschuß von der Hauptkasse in der Höhe von 15.330 M. Die hauptsächlichsten Ausgaben waren 10.349 M. Streitunterstützung, 6502 M. Arbeitslosenunterstützung, 4117 M. Krankenunterstützung, 607 M. Gemäßigtenunterstützung, 550 M. Sterbegeld, 110 M. Postlagenunterstützung und 3588 M. Markt an die Frauen unserer im Kriege stehenden Kollegen. Die Totalkasse bilanzierte mit 7551,50 M.

Lohnbewegungen fanden statt in der Papierfabrik Heils Söhne, Oberstadt, und in vier Betrieben in Pflungstadt und Hahn. Die erstere mußte nach Verlauf von 10 Wochen erfolglos abgebrochen werden. Können wir auf der einen Seite feststellen, daß die streikenden Kolleginnen und Kollegen in musterzünftiger Weise bis zur letzten Stunde treu zur Sache gestanden, so müssen wir auf der andern Seite unser Bedauern darüber ausdrücken, daß es gerade die Oberstädter Arbeiterchaft war, die unter dem Schutz des dort stationierten Gendarmen Streikbrecherarbeit leistete, um die Pflungstädter Arbeiter aus diesem Betriebe zu bringen. Als Dank der Firma und jedenfalls auch als ein bereites Zeugnis für die Loyalität und Zuverlässigkeit dieser Hausarbeiter ist es wohl anzusehen, daß nach dem Streit die Mehrzahl wieder den Kaufpreis erhielt und durch die Streikenden ersetzt wurde. — Der Bieglertreue mußte, mit Ausnahme der Firma Seeger, die nach dreitägigem Streik mit uns ein Vertragsverhältnis einging, bei Ausbruch des Krieges als unerledigt abgebrochen werden.

Lohnreduzierungen sind nach Ausbruch des Krieges, außer bei der Firma Wolf-Strauß, uns nicht zu Ohren gekommen. Letztere hat die Reduzierung, auf Betreiben des Verbandes, nach einigen Wochen wieder zurückgenommen.

War also auch unsre Tätigkeit im verloschenen Geschäftsjahre nicht von Erfolg gekrönt und sind auch unsre Wünsche auf Fortschritte nicht in Erfüllung gegangen, so wollen wir doch mit frohem Mut und unverbogert in die Zukunft schauen und uns geloben, mit neuem Mut, mit neuer Begeisterung für unsre gute Sache im bereits begonnenen Geschäftsjahre an die Arbeit zu gehen. Der Schlußsatz eines uns zugegangenen Soldatenbriefes soll daher auch unsrer sein:

„Den Verband in seinem Lauf, hält auch der Weltkrieg nicht auf!“

Dresden. Weitere Teuerungszulagen. Wir konnten schon zwei Fälle berichten, in denen infolge der jetzt herrschenden Teuerung von den Unternehmern Teuerungszulagen, wenn auch in geringem Umfange, an die Arbeiterchaft gewährt worden sind. Heute können wir weiteren Fälle berichten. Zu der Nähmittelabrik Dr. Llopfer lief am 31. Dezember 1914 der Tarifvertrag ab. Im Einverständnis mit dem Firmeninhaber wurde der Tarifvertrag vorläufig bis nach Beendigung des Krieges verlängert. Unser Vorschlag, eine den jetzigen Verhältnissen angemessene Zulage zu gewähren, wurde dadurch erledigt, daß den Männern eine Zulage von 3 Pf., den Frauen eine solche von 2 Pf. pro Stunde bewilligt wurde. Für Ueberstunden und Sonntagsarbeit erhalten die Männer pro Stunde 60, die Frauen 32 Pf., während bisher kein Zuschlag gewährt wurde. Außerdem fällt der Bezug zu einer Unterstützung für die Familien der Kriegsteilnehmer in Höhe von 0,50 bis 1 Mk. pro Woche weg.

In der Deutschen Kunstleder-Mittelgesellschaft, in deren Betrieb die Löhne allerdings äußerst niedrig sind, erhielten nach vorausgegangen Verhandlungen mit dem Arbeiterauschuß die verheirateten Männer eine Zulage von 1,50 M., die Ledigen und die Frauen eine solche von 0,75 M. Markt pro Woche. — Wenn auch durch diese Zulagen die Not nicht im entferntesten behoben wird, so ist sie doch ein etwas gemildert.

In einigen Betrieben finden gegenwärtig Verhandlungen wegen Gewährung einer Teuerungszulage statt, die hoffentlich auch zugunsten unsrer Mitglieder auslaufen.

Düsseldorf. Die erste Hälfte des Jahres 1914 brachte unsrer Zahlstelle einen kleinen Aufschwung, die Zahl der Mitglieder stieg von 1198 auf 1271. Durch den Ausbruch des Krieges steigerte sich die Arbeitslosigkeit und mit ihr die Schwierigkeiten für die Aufrechterhaltung unsrer Organisation ganz enorm. Ganz besonders machte sich die Arbeitslosigkeit in der Papierindustrie bemerkbar. Der Export von Papier, auf den dieser Industriezweig ganz besonders angewiesen ist, wurde mit Ausbruch des Krieges fast gänzlich aufgehoben, und alle Papierfabriken waren gezwungen, Betriebsbeschränkungen vorzunehmen, Feuerlöschen einzulegen, oder den Betrieb zu schließen. So erklärte es sich, daß in der ersten Kriegswoche 260 Arbeitslose in unsrer Zahlstelle vorhanden waren. Die Situation nun für sich auszunutzen, nahmen fast alle Papierfabrikan ten in mehr oder minder großem Umfange Lohnkürzungen vor, je nachdem die bisher gezahlten Löhne überhaupt noch Lohnkürzungen zuließen. In den Fabriken, wo Prämien bestanden, kamen dieselben gänzlich in Fortfall. Hier war es noch nicht einmal möglich, die abgezogenen Prämien gerätlich einzulagern. Die Firma Hermes u. Co., Papierfabrik, die bis zum

